

GENSHAGENER PAPIERE

Nr. 2 – März 2010



Deutschland  
und  
Frankreich

*in der entstehenden Weltgesellschaft*

Gilbert Ziebura

▶ **Herausgeber**

Stiftung Genshagen  
Im Schloss  
D-14974 Genshagen

Telefon: + 49 (0)3378-805931

Telefax: + 49 (0)3378-870013

▶ **Redaktion**

Chantal Mairesse

▶ **Internet**

[www.stiftung-genshagen.de](http://www.stiftung-genshagen.de)

[institut@stiftung-genshagen.de](mailto:institut@stiftung-genshagen.de)

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Alle Rechte vorbehalten

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2010



# Thesen

Während im Zuge der Globalisierung die Entwicklung einer entgrenzten Weltökonomie Hand in Hand geht mit zunehmender sozialer und regionaler Fraktionierung, sind die deutsch-französischen Beziehungen in anachronistischer Weise weiterhin geprägt von einer aus der Zeit der bilateralen Versöhnung stammenden Infrastruktur. Trotz positiver Entwicklungen seit dem Abschluss des Elysée-Vertrages ist das Verhältnis beider Länder immer noch von nationalstaatlichem Denken dominiert. Seit der Gründung der Europäischen Union im Jahr 1992 hat es keine deutsch-französische Initiative mehr in wichtigen Fragen der Europa- und Weltpolitik gegeben. Der deutsch-französische Motor ist in seinem gegenwärtigen Zustand nicht zukunftsfähig.

Deutschland und Frankreich müssen ihrer Zusammenarbeit eine neue Zielsetzung geben, die den veränderten Aufgaben des Nationalstaates im 21. Jahrhundert Rechnung trägt: Es geht sowohl darum, die Gesellschaften für die Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen, als auch darum, deren negative Rückwirkungen zu minimieren. Allerdings sind die Chancen, dass beide Länder gemeinsame Antworten auf die Globalisierung finden, angesichts historisch bedingter, unterschiedlicher Ausgangsbedingungen gering.

Hierbei handelt es sich jedoch nicht nur um eine deutsch-französische, sondern um eine europäische Notwendigkeit. Um in der entstehenden multipolaren Weltgesellschaft bestehen zu können, braucht die Europäische Union ein einheitliches, von Frankreich und Deutschland gemeinsam getragenes strategisches Konzept, das vom Grundsatz der „geteilten Souveränität“ ausgeht, alle vorhandenen Ressourcen bündelt und die EU zu einem gleichwertigen Akteur gegenüber aktuellen und künftigen Weltmächten, wie den USA, China und Indien macht. In der großen und heterogenen EU wird dies nicht mehr mit der „Méthode Monnet“, sondern nur über eine verstärkte intergouvernementale Zusammenarbeit zu erreichen sein.



# Inhalt

▶ ALTE DENKMUSTER	04
▶ GLOBALISIERUNG	05
▶ EUROPÄISIERUNG	09
▶ DEUTSCHLAND – FRANKREICH: QUO VADIS?	12
▶ LITERATUR	15
▶ ÜBER DEN AUTOR	17

**Der** Versuch, eine neue Agenda für das deutsch-französische Verhältnis zu definieren, ist überfällig. Obwohl sich seit dem Ende des Kalten Krieges die Weltverhältnisse radikal verändert haben, denken wir noch immer in Kategorien, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet und im Elysée-Vertrag von 1963 ihre Form gefunden haben. Aber schon die bipolare Weltordnung, die Europa und Deutschland spaltete, hatte für die deutsch-französischen Beziehungen ambivalente Auswirkungen. Obwohl die Einbindung Westeuropas in die atlantischen, ökonomischen, und sicherheitspolitischen Strukturen von beiden Ländern als entscheidende Rahmenbedingung akzeptiert wurde, bestanden erhebliche Divergenzen im Verhalten gegenüber der Führungsmacht, was so weit ging, das gaullistische Verständnis des Vertrags in Frage zu stellen. Dahinter stand letztlich eine im Kern antagonistische Interpretation der Nachkriegssituation: Während Frankreich, von de Gaulle inspiriert, einen eigenen Weg außerhalb des „Systems von Jalta“ suchte, gehörte die Integration ins Atlantische Bündnis zur „Staatsräson der Bundesrepublik“.

Hier lag der Hauptgrund dafür, dass der Vertrag mit seiner Ambition, den Beziehungen beider Länder einen „privilegierten“ Charakter zu geben, erst ab Ende der siebziger Jahre konkrete Auswirkungen hatte (Ziebura 1997; Ziebura 2009). Belastend wirkte auch Frankreichs Sorge vor der ökonomischen und monetären Dominanz der

Bundesrepublik. Frankreich strebte nach politischer Führung, die Bundesrepublik nach einer starken Stellung in der Weltwirtschaft. Beides verlief unkoordiniert, jeder handelte auf eigene Faust. Auf dem Feld der Europapolitik war „das Tandem“ erfolgreich, sobald sich die Interessen überschneiden wie im Bereich des bilateralen Handels und der Unternehmensverflechtungen, was so weit ging, dass jedes Land zum wichtigsten Partner des anderen wurde. Dennoch hat das Bild vom „deutsch-französischen Motor“ des Integrationsprozesses die Wirklichkeit schön gefärbt. Die damals praktizierte funktionalistische, im Wesentlichen auf die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft abzielende Einigungsmethode verlangte die Einstimmigkeit der sechs beteiligten Länder, was angesichts ihrer relativen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Homogenität wie des sich weltweit verschärfenden Wettbewerbs, vor allem in der Triade USA – Japan – Westeuropa, nicht allzu schwer fiel. Hinzu kam, dass die Dynamik des durch Institutionen abgesicherten Spill-Over-Effekts den Integrationsprozess vorantrieb.

### ► *Alte Denkmuster*

So entstand in den Jahren des Kalten Krieges eine spezielle deutsch-französische Infrastruktur, die durch intensiven Austausch von Menschen und Ideen systematisch gefestigt und von Krisen auf Regierungsebene nicht tangiert wurde. Sie legte den Grund für die Aussöhnung zwischen beiden Völkern. Wenn allerdings heute immer noch von Aussöhnung

die Rede ist, benutzt man einen inzwischen anachronistischen Begriff, der nur noch als Rechtfertigung für symbolische Gesten erhalten muss. Außerdem enthält diese Form

*Seit dem Vertrag von Maastricht hat es keine gemeinsame deutsch-französische Initiative in wichtigen Fragen der Europa- und Weltpolitik gegeben.*

dass auf Veränderungen im weltpolitischen Umfeld unsensibel oder verwirrt reagiert wird. Jedenfalls bietet sie keine automatische Garantie für zukunftsorientierte Visionen. Im Gegenteil: Es entstehen Rückfälle in eine Vergangenheit, die man überwunden glaubte, wenn etwa ein Teil der Franzosen nach dem Fall der Mauer am Europaengagement des vereinten Deutschland zweifelt, weil es die Verfolgung nationaler Interessen anstrebt. Tatsächlich hat es seit dem Vertrag von Maastricht 1992 keine gemeinsame deutsch-französische Initiative in wichtigen Fragen der Europa- und Weltpolitik gegeben.

Kein Wunder, wenn sich in Deutschland (Koopmann 2008) und Frankreich (bezeichnender Weise in beiden Ländern!) die Forderung nach einem „Neubeginn“ bzw. einer „refondation“ der deutsch-französischen Beziehungen Bahn bricht. Dahinter steht der Eindruck, dass diese Beziehungen nicht auf der Höhe der gewaltigen Umbrüche in der Weltgesellschaft stehen, die seit dem Ende des Kalten Krieges stattgefunden haben. Mehr noch: Begriffe wie „Neubeginn“ und

der Infrastruktur den Keim der Selbstzufriedenheit, die den Hang zur Routine fördert und dazu führt,

„refondation“ implizieren das Eingeständnis, dass die gegenwärtige Lage der deutsch-französischen Beziehungen nicht zukunftsfähig ist. Weitgehend herrscht der Eindruck eines Auseinanderfallens zwischen der Erkenntnis von der Notwendigkeit, diese Veränderungen anzunehmen, Konsequenzen daraus zu ziehen und der Fortsetzung tradierter Politikvorstellungen zum Preis einer faktischen Leere und damit Wirkungslosigkeit dieser Beziehungen. Wo aber liegen Handlungsmöglichkeiten, wie sehen Zielvorstellungen aus, die diese Veränderungen berücksichtigen? Überfordern diese Fragen nicht beide Länder? Wenn es so wäre, hätten privilegierte bilaterale Beziehungen keinen Sinn, wären schlicht überflüssig. Will man vorankommen, braucht man den Mut zum radikalen Denken und, als Basis, zum vorbehaltlosen Analysieren. Wo liegen die konkreten Herausforderungen, was bedeuten sie für jedes der beiden Länder?

## ► *Globalisierung*

Nach allgemeiner Meinung brachte die atemberaubende Beschleunigung der Globalisierung die folgenreichste Veränderung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Imperiums. Sie eröffnete dem Kapital nicht nur neue Verwertungschancen, sondern legte, weit darüber hinaus, die Grundlagen für die Entstehung der Weltgesellschaft, die die UNO-Staatengesellschaft von 1945 zwar nicht verdrängte, aber doch relativierte. Mehr denn je verwischte sich das Verhältnis von Innen und Außen der überkommenen

Nationalstaaten (Messner 1999). Die historische Form der Weltwirtschaft als Ergebnis der Austauschbeziehungen zwischen nationalen Volkswirtschaften wurde verdrängt durch eine entgrenzte Weltökonomie im Vollsinn des Begriffs, die, insbesondere im Bereich des Weltfinanzsystems, nach immanenten Gesetzmäßigkeiten funktioniert, sich also aus sich selbst reproduziert. Damit Hand in Hand entsteht eine globale Sozialstruktur: An der Spitze eine internationale, nicht nur wirtschaftliche Machtelite, die „Super-Klasse“ (Rothkopf 2009), die vom Prozess der Globalisierung optimal profitiert, Einfluss und Reichtum anhäuft und damit die gewaltige Ungleichheit mit der Masse der Verlierer verschärft, während sich Mittelschichten in den aufstrebenden Schwellenländern nur mühsam entwickeln und in Industrieländern um ihre materielle Existenz fürchten. Tausende von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) könnten eines Tages so etwas wie eine Zivilweltgesellschaft begründen.

Die in dieser Entwicklung enthaltene Tendenz zur Vereinheitlichung über eine Ökonomisierung der Politik, noch verstärkt durch die neoliberale Ideologie von der Selbstregulierung der Marktkräfte, verlangt Anpassung, verschärft aber zugleich soziale und regionale Fraktionierung und damit den Willen zur politisch-strategischen wie vor allem regionalen und lokalen Selbstbestimmung, die fähig ist, Unterschiede in den Interessenlagen zu artikulieren. Das Problem ist, dass es kaum Ansätze globaler Regierungsformen („global governance“) gibt, wie der mühsame, frustrierende Entscheidungsprozess

der Weltkonferenzen zeigt, die versuchen, Antworten auf globale Herausforderungen (Klimawandel, Terrorismus, Ressourcenknappheit, Energie, Armut, Migrationen, demografische Überalterung, Auswirkungen technologischer Entwicklungen) zu finden. Andererseits bilden sich, in ersten Umrissen bereits sichtbar, neue Machtschwerpunkte in der Weltgesellschaft heraus, die darauf verweisen, dass der Trend nicht zu einer unipolaren, von den USA geführten, sondern zu einer multipolaren Weltordnung geht, wobei die Pole, wie immer sie konkret in Erscheinung treten (nach innen mit unterschiedlicher Integrationsdichte, nach außen mit unterschiedlichen Einflusschancen), in einem dialektischen Verhältnis von Annäherung (angesichts wachsender Interdependenz) und Konkurrenz zueinander stehen – fraglos ein fragiles Gleichgewicht, das die Probe auf seine Tragfähigkeit noch nicht erbracht hat. Immerhin beginnt man zu ahnen, dass nur die Entstehung einer Art „Weltinnenpolitik“, also die Kooperation zwischen den Polen, Aussichten auf Erfolg bietet. „Die Architektur der Politik verändert sich tiefgreifend: Die Komplexität der Problemlagen und die breite Streuung von Steuerungsressourcen führen dazu, dass de facto ein System ‚geteilter Souveränitäten‘ entsteht. Das heißt, es gibt immer weniger Politikfelder, in denen ein einziges politisches Handlungszentrum in der Lage wäre, im Alleingang Probleme zu lösen“ (Messner 1999, 267).

*Immerhin beginnt man zu ahnen, dass nur die Entstehung einer Art „Weltinnenpolitik“ Aussichten auf Erfolg bietet.*

Was bedeuten die hier nur grob skizzierten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges für zwei Länder wie Deutschland und Frankreich? Welche Folgerungen sollte man für die Formulierung einer neuen Agenda ihrer Beziehungen ziehen? Grundsätzlich bedarf es dreier Vorüberlegungen.

*Erstens:* Welche Auswirkungen hat die Globalisierung als treibende Kraft für die Entstehung der Weltgesellschaft auf die traditionellen Nationalstaaten und ihre Handlungsmöglichkeiten? Unstrittig ist, dass sie die einzigen demokratisch legitimierte Instanzen für die Wahrung des Gemeinwohlinteresses bleiben. Allerdings finden sich in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Aussagen. Die einen sagen, sie verlieren an Einfluss, weil sie nicht die Kraft haben, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Andere meinen, dass sie ihre Souveränität erst verlieren, wenn sich eine supranationale Staatlichkeit herausbildet und sich an ihre Stelle setzt. Es könnte sogar sein, dass der Globalisierungsprozess die Stellung der Exekutive gegenüber der Gesellschaft stärkt (Streeck 1998). Ich spreche davon, dass der Nationalstaat mehr und mehr in ein „Spagatdilemma“ gerät. Einerseits muss er die Gesellschaft fit machen, um in der Globalisierung zu bestehen, andererseits deren negative Rückwirkungen wenn nicht verhindern, so doch minimieren. Wie schwer das fällt, zeigt seine Reaktion, wenn es darum geht, die Folgen einer importierten, dramatischen Krise des globalisierten Kapitalismus abzuwehren.

Noch ist nicht erwiesen, ob es trotz einer massiven Renationalisierung gelingt, dieses Ziel zu erreichen. Jedenfalls sind Deutschland und Frankreich bei der Überwindung der Krise getrennt marschiert, ohne vereint zu schlagen.

*Zweitens:* Im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges hat sich der politische, ökonomische, geostrategische Raum, in dem beide Länder agieren, enorm vergrößert. Damals waren die Verhältnisse überschaubar, sowohl innerhalb wie außerhalb der (west)europäischen Einigung, in deren Rahmen den beiden Ländern, sicherheitspolitisch von den USA geschützt, eine quasi natürliche Führungsrolle zufiel. Heute verstärkt die Globalisierung nicht nur die ökonomische Interdependenz, sondern, wie die Krise zeigt, die Tendenz zur Zentralisierung des Kapitals, zumindest zur Umstrukturierung strategischer Branchen und vermehrt dadurch die Zahl der „Global Players“, besonders in den sogenannten Bric-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, und vor allem China). Die Verlagerung ökonomischer Wachstumskraft vom atlantischen in den asiatischen Raum gehört zu den Binsenweisheiten über die Verschiebung globaler Machtverhältnisse. Dem Sog sich verschärfender Konkurrenzbedingungen unterwerfen sich auch Deutschland und Frankreich. Jeder kämpft auf eigene Faust um Weltmarktanteile, auch wenn sie dabei gegeneinander antreten. Ausgenommen den Airbus-Bauer EADS gibt es keinen deutsch-französischen Global Player. So hat China den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke nicht an Frankreich, sondern an Siemens vergeben.



Hinzu kommt, dass mit der Bewältigung globaler Herausforderungen eine große Zahl von Staaten und Organisationen um Lösungen ringt. Selbst wenn es Deutschland und Frankreich gelänge, in dieser oder jener Frage eine gemeinsame Position zu finden, sind sie nur Teil eines komplexen Machtgeflechts, dessen Schwerkraft die Entfaltung von Einfluss regelrecht aufsaugt, sofern sie im Bilateralismus stecken bleibt.

*Drittens:* Die Chance, dass beide Länder gemeinsame Antworten auf die Globalisierung finden, sind angesichts historisch bedingter unterschiedlicher Ausgangspositionen gering. Frankreich findet sich, wie viele Analysen zeigen (unter anderem Brender 1996, 1998; Fougier 2006), in einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite steht es hinsichtlich Export, Kapitalverkehr, und der Aktivität multinationaler Unternehmen – in manchen Branchen als Weltmarktführer mit einem hohen Grad an Transnationalität –, an der Spitze der Globalisierung. Auf der anderen Seite gibt es starke Kräfte, die diese Entwicklung in Frage stellen und über erheblichen Einfluss in der öffentlichen Meinung, bisweilen bis in die Regierung hinein, verfügen. Dahinter verbirgt sich eine fundamentale Aversion gegenüber dem Neoliberalismus angelsächsischer Prägung, dem die Verantwortung für die Spaltung der Gesellschaft zugesprochen wird. Diese Ablehnung überträgt man auf die Europäische Union, die als regionales Vehikel des Neoliberalismus gilt –

*Die Chance, dass beide Länder gemeinsame Antworten auf die Globalisierung finden, sind gering.*

ein Grund für das Scheitern des Referendums über den Verfassungsvertrag (29. Mai 2005). Selbst bei den schweren sozialen Unruhen vom November/Dezember 2005 spielte eine dumpfe Wut gegen die Globalisierung und ihre Gewinner eine Rolle.

Tatsächlich ist sie, wie richtig gesagt wurde (Fougier 2006, 9), eher ein Symptom denn die Ursache für die seit langem in Frankreich herrschende Malaise, die die Folge einer Krise des politischen Systems ist, das seine wenig wirksame Politik mit den „contraintes extérieures“ durch Globalisierung und Europäisierung zu entschuldigen sucht. Zugleich ist sie aber auch Folge einer sozialen Krise und der unbeantworteten Frage nach der Rolle Frankreichs in der Welt, seiner Kultur, seiner Sprache, seiner „exception“. Letztlich geht es um eine Krise des französischen Gesellschaftsmodells überhaupt, um eine Identitätskrise. Dennoch sind die Franzosen paradoxerweise auf den Staat als Retter fixiert, der in der Tradition Colberts interveniert, was keineswegs immer zum Erfolg geführt hat.

Von alledem ist in Deutschland, von Randgruppen abgesehen, keine Rede. Die notwendige Anpassung an die Herausforderungen der Globalisierung kann von einem Land nicht angezweifelt werden, das über eine starke Stellung in der internationalen Arbeitsteilung verfügt und daraus seinen Wohlstand ableitet.

Daran hat die Weltwirtschaftskrise grundsätzlich nichts geändert. Noch immer gibt es starke Kräfte, die an den Primat des Marktes, die private Initiative glauben. Trotz der Tatsache, dass sich Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise in beiden (wie in anderen) Ländern ähneln und überall zu einer maßlosen Verschuldung führen, ist eine gemeinsame Antikrisenpolitik wegen unterschiedlicher Wachstumsmodelle kaum möglich. Kein Wunder, wenn sich diese Divergenz auf europäischer Ebene wiederholt. Den EU-Finanzministern ist es auf ihrer Sitzung in Göteborg Anfang Oktober 2009 nicht einmal gelungen, einen Zeitplan für den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen festzulegen. Damit haben sie den Abbau der Defizite und der Staatsverschuldung auf die lange Bank geschoben. Ursache war nicht zuletzt ein deutsch-französischer Konflikt.

### ► *Europäisierung*

So sind, gerade unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, die Anlässe für deutsch-französische Initiativen innerhalb der Europäischen Union im ökonomischen Bereich stark geschrumpft. Voraussetzung für Einfluss wäre, dass es gelingt, für die EU Lehren aus der Krise zu ziehen, was bis zur Frage nach den Umrissen eines künftigen spezifisch europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells in einem multipolaren Weltsystem reichen muss. Dabei geht es um den Grad der Öffnung und, gleichzeitig, der Selbstbestimmung auf der Grundlage eines gemeinsam zu diskutierenden

Verhältnisses von Politik und Ökonomie/Ökologie, von Markt und sozialem Ausgleich – letztlich geht es um eine neue Definition von sozialer Marktwirtschaft. Dabei könnten Deutschland und Frankreich vorangehen, nicht im Sinn einer Vereinheitlichung, sondern im Wettbewerb um die besten Lösungen im Vergleich zu Systemen, wie sie andere Pole vertreten. Nur im Hinblick auf die Problematik des Klimawandels schwenkte die EU auf die Vorgaben Deutschlands und Frankreichs ein, scheiterte aber auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Der Forderung Frankreichs nach einer europäischen Wirtschaftsregierung als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank und, möglicherweise, als Vorstufe zur Schaffung einer politischen Union setzt Deutschland entschiedenen Widerstand entgegen, aus Furcht vor einer vermeintlichen Gefährdung der Währungsstabilität. Das Eintreten (gemeinsam mit Großbritannien) für die Einführung einer globalen Steuer auf internationale Finanztransaktionen („Tobinsteuer“) als Konsequenz der Weltfinanzmarktkrise, die freilich nur funktionieren könnte, wenn alle Finanzzentren mitmachen, ist ein Hinweis, wie schwer es ist, aus deutsch-französisch-europäischer Perspektive etwas auf globaler Ebene zu verändern. Die Bundeskanzlerin hat erst auf Druck von Sarkozy und Brown zugestimmt.

Bezeichnenderweise hat der hohe Grad der Europäisierung der nationalen Gesellschaften durch Vergemeinschaftung und Normensysteme (Bach 2000) die zum Teil gravierenden Unterschiede kapitalistischer

Reproduktions- und Regulationsweisen in den Mitgliedsländern nicht tangiert. Integration ist also an Grenzen gestoßen. Das liegt nicht zuletzt an der noch nicht verarbeiteten Tatsache, dass seit Ende des Kalten Krieges faktisch eine neue Europäische Union entstanden ist. Kann es sein, dass sich der Handlungsspielraum beider Länder eingeschränkt hat, sowohl nach innen, was den Integrationsmodus in einer Union von 27 (bald 30) Staaten betrifft, wie nach außen bezüglich der Rolle Europas in einer multipolaren Weltgesellschaft? Tatsächlich hat die Einheit des Kontinents

*Verdient das Weimarer Dreieck nicht, mit dem Ziel erweckt zu werden, die Funktion einer Klammer zwischen West- und Osteuropa zu übernehmen?*

nents mit einem vereinten Deutschland als Scharniermacht in der Mitte die Interessenlage

beider Länder verändert, vor allem als Folge der Osterweiterung, die, wie oft beschrieben wurde (Koopmann 2007), Frankreich an den Rand der Union gedrängt hat. Präsident Chirac brachte es auf den Begriff. Im Januar 2003 warnte er vor einer „Ausdünnung“ der EU und ging so weit, ihre „refondation“ auf der Basis eines neuen Gründungspaktes der deutsch-französischen Beziehungen zu fordern. Daraus wurde nichts, weil weder in Deutschland noch in anderen Mitgliedstaaten das Bedürfnis nach einer Grundsatzdebatte über die neue Situation der EU bestand.

Während Deutschland die Osterweiterung bis heute vorantreibt, versucht Frankreich sie zu bremsen, um nicht weiter

an Einfluss zu verlieren. Was die ökonomische Durchdringung der Beitrittsländer betrifft, liegt Deutschland in der Tat weit vor Frankreich. Die Angst vor Lohn- und Sozialdumping aus dem Osten sitzt in Frankreich tiefer (der „polnische Klempner“) als in Deutschland. Der Versuch Sarkozys, als Gegengewicht zur Osterweiterung eine Mittelmeerunion außerhalb der EU zu gründen, scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Bundeskanzlerin. Verdient das „Weimarer Dreieck“ nicht, aus dem Dornröschenschlaf mit dem Ziel erweckt zu werden, die Funktion einer Klammer zwischen West- und Osteuropa zu übernehmen, eine Debatte, die ganz oben auf der neuen deutsch-französischen Agenda stehen sollte? Ein konkretes Projekt wäre etwa die Arbeit an einem gesamteuropäischen Verkehrsraum, ohne den es auf Dauer kein vereintes Europa geben wird (Roth; Schlögel 2009). Dabei könnten die beiden Bahnunternehmen mit gutem Beispiel vorangehen, einen Vorschlag, den ich schon 1991, zur Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion, mit dem Argument gemacht habe, den gewaltigen Nachholbedarf Osteuropas in diesem Bereich schrittweise abzubauen (Ziebura 2009).

Ein Großeuropa aus Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau lässt sich nicht mehr mit Hilfe der funktionalistischen Integrationsmethode („Methode Monnet“) zusammenschweißen. An ihre Stelle muss nun unter dem Dach der Lissabon-Institutionen verstärkt intergouvernementale Kooperation treten, wobei ihre Intensität je nach Problemlage variieren kann.

Das gilt für alle Mitgliedstaaten, nicht nur für Deutschland und Frankreich, wobei beide Länder die anderen nur durch die Kraft ihrer Argumente überzeugen können. Bietet das neue Institutionengefüge (die doppelte Ratspitze aus ständigem Präsidenten und rotierendem Vorsitzenden sowie einem Außenbeauftragten mit eigenem diplomatischen Apparat) eine Lösung in dem Sinn, dass die EU nun mit einer Stimme spricht, vor allem gegenüber den Großmächten USA und China, und damit ihr Gewicht in der multi-

polaren Weltgesellschaft verstärkt? Deutschland und Frankreich könnten hier eine Vorreiterrolle spielen, indem sie gemeinsam eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels erarbeiten, was nur funktioniert, wenn

beide Länder ihr Selbstverständnis ändern, mithin die Zukunft einer „geteilten Souveränität“ ernst nehmen. Das verlangt neues Denken, die wichtigste, ja existenzielle Forderung einer neuen deutsch-französischen Agenda. Vorläufig sieht es nicht danach aus, wenn Sarkozy etwa die Ernennung von Michel Barnier zum Chef des Binnenmarkts in der neuen Europäischen Kommission als „Triumph französischer Ideen“ bejubelt (FAZ, 10.12.2009) und damit vergisst, dass ein EU-Kommissar eben nicht nationale Interessen zu vertreten hat. Zugleich gilt es, innere Schwächen der beiden Länder wie der EU insgesamt, die sich durch die Krise verschärft haben, zu überwinden, an erster Stelle die exorbitante Verschuldung,

*Deutschland und Frankreich könnten eine Vorreiterrolle spielen, wenn beide Länder ihr Selbstverständnis ändern, mithin die Zukunft einer „geteilten Souveränität“ ernst nehmen.*

die bis zum Staatsbankrott und letztlich zur Schwächung der gemeinsamen Währung führen kann.

Ganz oben steht daher auch die Notwendigkeit einer Neudefinition der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die angesichts zahlreicher Krisen und Konflikte

in der Welt ein Mauerblümchendasein fristet. Als die USA beschlossen, in Europa mit Polen und Tschechien ein Raketenabwehrsystem zu errichten, fanden die Verhandlungen im strikt bilateralen Rah-

men statt. Weder die Nato noch die GASP wurden einbezogen, obwohl zentrale Interessen der EU betroffen waren. Präsident Obama hat das Unternehmen zwar gestoppt, jedoch nicht beendet, wieder in selbtherrlicher Manier. Damit stehen die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand. Europa kann die Rolle eines Pols in der Weltgesellschaft nicht spielen, ohne über die Fähigkeit zu einer aus autonomer Entscheidungsfreiheit geborenen Politik zu verfügen. Dass etwas geschehen muss, haben der deutsche und der französische Verteidigungsminister verstanden, indem sie eine Aufwertung der Deutsch-Französischen Brigade, die bislang ihre Kasernen nicht verlassen hat, verabredet haben. Aber zu welchem Zweck? Als bilaterale Einsatztruppe (auch im Ausland?) oder als Kern europäischer Streitkräfte, verstanden als Ergänzung

einer grundsätzlich auf die Anwendung von Soft Power fixierten Politik der EU im Weltmaßstab? Die Antwort verweist auf eine Leerstelle in ihrem Selbstverständnis.

### ► *Deutschland – Frankreich: quo vadis?*

Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer neuen deutsch-französischen Agenda scheint in Frankreich verbreiteter zu sein als in Deutschland. Immer wieder tauchen plötzlich mehr oder weniger kühne, mehr oder weniger durchdachte Vorschläge auf und verschwinden meistens wieder. Dennoch offenbaren sie ein Unbehagen. Es begann mit Jacques Attali, dem Berater Mitterrands, der den französischen Politikern vorwarf, den Deutschen keine gemeinsamen Projekte vorgeschlagen zu haben, ein „tragischer Irrtum“. Er plädierte für eine Fusion der großen Institutionen beider Länder, die Armeen eingeschlossen (FAZ, 27. 8. 2009), was, schrittweise, ihre Verschmelzung zu einer neuen Einheit bedeutet hätte – nicht eine „geteilte“, sondern eine Art „doppelter Souveränität“ sui generis. Welcher Zauberstab bringt so etwas fertig? Es folgte die vom Europaminister Pierre Lellouche, einem ausgewiesenen Spezialisten für Internationale Beziehungen, stammende Idee eines gemeinsamen deutsch-französischen Ministers, der an beiden Kabinetts-tischen sitzt, also zwischen Paris und Berlin pendelt. Sarkozy hat diese Idee persönlich Bundeskanzlerin Merkel unterbreitet,

die reserviert reagierte (FAZ, 7. 11. 2009). In der Tat stellen sich zahlreiche Probleme, staatsrechtliche, sprachliche, an denen die Umsetzung scheitern muss. Beide Vorschläge entstammen dem Glauben, dass Institutionen Träger von Lösungen sind und nicht die gemeinsame Formulierung von Projekten und damit der Primat des Inhaltlichen, der sich, wenn nötig, Institutionen schafft.

In diese Richtung geht der Plan von Jean-François Copé, Vorsitzender der UMP-Fraktion in der Nationalversammlung, der vorsieht, dass beide Parlamente gemeinsame Gesetzestexte ausarbeiten und verabschieden, die die Erfolge der Politik des jeweiligen Landes aufnehmen. So kann Frankreich zum Beispiel von Deutschland lernen, wie Reformprozesse ohne größere soziale Unruhen durchgesetzt werden, und Deutschland von Frankreich, wie eine Politik aussieht, der es gelingt, Beruf und Familie zu vereinbaren. Man will sich also über die Stärken des Einen und die Schwächen des Anderen austauschen, um voneinander mit dem Ziel gemeinsamer Politiken zu lernen (wirtschaftliches Krisenmanagement, Harmonisierung der Schulden- und Haushaltspolitik, Einhaltung der Defizitgrenzen usw.).

*Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer neuen deutsch-französischen Agenda scheint in Frankreich verbreiteter zu sein als in Deutschland.*

Schließlich sollen in den Wahlkreisen Ideen gesammelt werden, um den Eindruck zu vermeiden, dass die deutsch-französische Partnerschaft „von oben“ diktiert wird. Typischerweise sind die großen außen- und sicherheitspolitischen Probleme davon ausgenommen; sie gehören, wie in der Fünften Republik üblich, in die Domäne der Exekutive. Alles das soll dazu dienen, der deutsch-französischen Freundschaft mit neuen Inhalten Kraft zu geben (FAZ, 12. 12. 2009). Positiv ist die Absicht zu werten, in die gesellschaftliche Wirklichkeit des Nachbarn einzudringen, von ihr zu lernen und daraus Vorteile für sich selbst zu ziehen. Allerdings liegt solchen Überlegungen ein verhängnisvoller Irrtum zu Grunde: Man kann nicht jene Teile aus den jeweiligen Gesellschaftsformationen herausbrechen, von denen man sich selbst Vorteile verspricht. Das führt nur zu einem beklemmenden *mixtum compositum*, gewissermaßen aus der Retorte, das mehr Probleme schafft als löst. Immerhin: Frankreich produziert Initiativen, während sich das offizielle Deutschland in Schweigen hüllt, sich damit dem Drängen des Partners entzieht. *Le Monde* (13. 11. 2009) kam zu der Einschätzung: „Frankreich spielt in dieser Vernunftfehde ein wenig die Rolle des abgeblitzten Liebhabers.“ Oder anders formuliert: Deutschland fürchtet (nicht zu Unrecht) eine allzu heftige Umarmung. Daraus lässt sich nur folgern, dass es nicht nur an politischem, sondern auch an psychologischem Feingefühl mangelt. Man sollte meinen, dass fast ein halbes Jahrhundert

nach dem Elysée-Vertrag gewisse Fortschritte stattgefunden haben sollten.

Die französischen Vorschläge wie das Schweigen deutscherseits offenbaren die Hilf- und Ratlosigkeit, was die Zukunft der Beziehungen beider Länder betrifft. Ihre Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise zeigt mit aller Klarheit, dass sich beide damit begnügen, im nationalen Rahmen antizyklisch zu reagieren, so gut es geht. Dabei läge es nahe, nach gemeinsamen Lehren aus der Krise zu fragen, zunächst für die beiden Länder, dann für Europa, das in der multipolaren Weltgesellschaft gezwungen ist, seine Wachstums- und Innovationsschwächen zu überwinden und seine geostrategischen Interessen zu definieren. Mit anderen Worten: Deutschland und Frankreich brauchen jenseits punktuellen Reagierens ein strategisches Konzept, das alle vorhandenen Ressourcen bündelt und eine Zukunftsperspektive eröffnet, die Hoffnungen und Energien freisetzt. China, Indien, Brasilien arbeiten bereits trotz gewaltiger innerer Probleme am Status künftiger Weltmächte. Europa und, als Nukleus, Deutschland und Frankreich müssen lernen, global zu denken – eine schlichte Existenzfrage. Das wird manche Interessendivergenz als Folge nationaler Ambitionen, die sonst nur schwer zu überwinden sind, relativieren.



# Literatur

- ▶ **Bach, Maurizio (2000):** „Einleitung“, in: ders. (Hrsg.): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 40/2000, Opladen, S. 11-35
- ▶ **Blot, Christophe und Stefan Koots (2009):** Forces et faiblesses des modèles économiques: débat franco-allemand sur la crise et ses conséquences, in: Institut français des relations internationales, *Visions franco-allemandes*, Nr.15, Paris, Dezember
- ▶ **Brender, Anton (1996):** L’impératif de solidarité: La France face à la mondialisation, Paris
- ▶ **Brender, Anton (1998):** La France face à la mondialisation, Paris
- ▶ **Esser, Josef (2005) :** „Kommunen und Länder im Sog der europäischen Mehrebenenverflechtung“, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, H.2/2005, S. 20-37
- ▶ **Fougier, Eddy (2006):** „Vorwort“, in: La France face à la mondialisation, *Problèmes politiques et sociaux*, Nr. 920, Paris, Januar
- ▶ **Koopmann, Martin (2007):** „Brückenbauer gesucht“, in: *Internationale Politik*, 4/2007, April, S. 34-41
- ▶ **Koopmann, Martin (2008):** „Auf der Suche nach dem verlorenen Gleichgewicht. Aspekte eines Neuanfangs deutsch-französischer Zusammenarbeit in der Europa-Politik“, in: ders. und Stephan Martens (Hrsg.), *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 231-242
- ▶ **Le Gloannec, Anne-Marie (Hrsg.) (1998):** Entre Union et nations. L’Etat en Europe, Paris

- ▶ **Messner, Dirk (1999):** „Politik und Globalisierung“, in: Karl S. Althaler (Hrsg.), *Primat der Ökonomie? Über Handlungsspielräume sozialer Politik im Zeichen der Globalisierung*, Marburg, S. 259-282
  
- ▶ **Roth, Ralf und Karl Schlögel (Hrsg.) (2009):** *Neue Wege in ein neues Europa. Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M
  
- ▶ **Rothkopf, David (2009):** *Die Super-Klasse. Die Welt der internationalen Machtelite*, München
  
- ▶ **Schild, Joachim und Martin Koopmann (2009):** „Der ‚Sarkozy-Moment‘ – politische Führung in der EU am Beispiel der französischen Ratspräsidentschaft“, in: *integration*, 3/2009, Juli, S. 266-281
  
- ▶ **Streck, Wolfgang (1998):** „Einleitung“, in: ders. (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt/M, S. 11-59
  
- ▶ **Ziebur, Gilbert (1997):** *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart, 2. erweiterte Auflage
  
- ▶ **Ziebur, Gilbert (2003):** „Frankreich am Beginn des 21. Jahrhunderts. Zwischen Europäisierung, Globalisierung und nationaler Selbstbehauptung“, in: ders. und Adolf Kimmel (Hrsg.), *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen, S. 297-324
  
- ▶ **Ziebur, Gilbert (2009):** *Kritik der ‚Realpolitik‘. Genese einer links-liberalen Vision der Weltgesellschaft. Autobiografie*, Münster





## Über den Autor

**G**ilbert Ziebura, geboren 1924, studierte Geschichte, Romanistik und Allgemeine Staatslehre in Berlin und Paris. Nach der Promotion zur „Deutschen Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1911-1914“ und einer Habilitation über Léon Blum lehrte er als Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Universität Konstanz und der Technischen Universität Braunschweig. Nach seiner Emeritierung im Jahr 1992 nahm er eine Gastprofessur an der Universität Hannover wahr.

Zu seinen zahlreichen Publikationen zählen *Die V. Republik. Frankreichs neues Regierungssystem*, 1960; *Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik*, 1963; *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, 1970/1997; *Kritik der „Realpolitik“*. *Genese einer linksliberalen Vision der Weltgesellschaft*, 2009.

G